



Newsletter der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel! Nr. 24 vom 20.09.2013

Liebe Abonentinnen und Abonenten,

wer ist verantwortlich für den Einsatz von Giftgas in Syrien, bei dem über 1.000 Menschen umgebracht wurden? Wurden die von Deutschland nach Syrien gelieferten Chemikalien zur Herstellung von Sarin verwendet? Wer wird die Bundestagswahl gewinnen? Eine rasche Antwort wird es wahrscheinlich nur auf die letzte Frage geben, aber ein Gewinner steht jetzt schon fest: Sie alle, die sich mit der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ dafür eingesetzt haben, dass die Forderung nach einem grundsätzlichen Rüstungsexportverbot (nicht nur) im Wahlkampf zur Sprache kam.

Wer auch immer die künftige Regierung bilden wird – auch das steht fest: Ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot zu erreichen, kommt dem Bohren dicker Bretter gleich. Daher bitten wir Sie, noch bis zum 30. September 2013 Unterschriften für die Forderung nach einem grundsätzlichen Rüstungsexportverbot zu sammeln (aktueller Stand: 85.000). Die Unterschriftenlisten können Sie auf unserer Website unter [Materialien](#) herunterladen und ausdrucken oder bei Ohne Rüstung Leben bestellen: ori-info@gaia.de.

Weitere interessante Neuigkeiten finden Sie auch in der Rubrik "[Neues](#)".

Mit herzlichen Grüßen
Anke Wollny und Otto Reger
Online-Redakteurin und Online-Redakteur der Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!

1

[Deutschland lieferte jahrelang Chemikalien an Syrien](#)

Medienberichten zufolge hat sowohl die rot-grüne als auch die schwarz-rote Bundesregierung zwischen 2002 und 2006 den Export von Chemikalien, die auch zur Produktion von Sarin verwendet werden können, an Syrien erlaubt. Paul Russmann und Christine Hoffmann, Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, äußerten sich dazu in verschiedenen Interviews.

[Neue Mitglieder im Aktionsbündnis](#)

„Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ freut sich, den [Katholikenrat Krefeld/Meerbusch](#) und den [Arbeitskreis Asyl Stuttgart](#) als neue Mitglieder im Aktionsbündnis begrüßen zu können.

[Aktionen gegen Rüstungsexporte auch in anderen Ländern](#)

Die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" berichtet über die Jahrestagung 2013 des European Network Against Arms Trade (ENAAAT) und auf der ENAAAT-Seite sind Stellungnahmen zu einem Waffenexportstopp nach Ägypten veröffentlicht (in Englisch).

[Aktion auf dem Universitätsplatz Heidelberg](#)

Bei der Aktion des Heidelberger Bündnisses „Stoppt den Waffenhandel!“ zum Antikriegstag gab es für die Passanten viel zu sehen: Videos, Transparente und eine Panzerattrappe. Derart aufmerksam gemacht, unterschrieben viele für das Rüstungsexportverbot.

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de

Deutsches Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen (DAKS)

Die Ausgabe 9/2013, Nr. 96 des DAKS-Newsletters ist erschienen – unter anderem mit einem Hinweis auf einen Radiobericht über den Kongress "Zielscheibe Mensch" und auf Medienberichte über Mängel beim G36-Gewehr von Heckler & Koch.

Wahlprüfsteine Rüstungsexporte

Fragen zur Rüstungsexportpolitik haben jetzt auch Stefan Kaufmann (CDU), Ute Vogt und Karamba Diaby (SPD), Hildegard Scheu, Cem Özdemir, Katja Dörner, Lisa Paus und Oliver Krischer (Grüne) sowie Michael Aggelidis (DIE LINKE) beantwortet.

Regierung hilft beim Verkauf von sanierten Gebrauchtpanzern der Bundeswehr

Wie die Tageszeitung „Handelsblatt“ berichtet, verdient die deutsche Rüstungsindustrie mit dem Verkauf von generalüberholten Secondhand-Panzern Milliarden. Unterstützt werde sie dabei von der Bundesregierung.

„Aktion Aufschrei“ kritisiert Unionspolitiker wegen Rüstungsexportoffensive

Die Absicht von Unionspolitikern, Rüstungsexporte zu steigern, stößt auf scharfe Kritik der „Aktion Aufschrei“. Wer mehr Waffen liefern wolle, mache sich noch stärker am Tod und Leid der Menschen mitschuldig, so Kampagnensprecherin Christine Hoffmann.

Unionspolitiker wollen Rüstungsexporte stärker politisch unterstützen

Wie „Der Spiegel“ berichtet, fordern Politiker der CDU/CSU mehr politische Unterstützung für Rüstungsexporte. Das gehe aus einem Strategiepapier von Verteidigungsexperten der Union hervor.

2

Rüstungsexporte: Transparenz kann brisante Deals verhindern

Merkel will die Informationspolitik beim Waffenhandel verbessern. Das ist nach Ansicht von Katja Keul (Grüne) unzureichend. Sie fordert im Gespräch mit der „Zeit“, dass über laufende Verfahren informiert werde. Nur so könne man heikle Geschäfte verhindern.

Lesenswert: Rüstungsexport all inclusive: U-Boot-Taktikausbildung durch die Deutsche Marine für Israel

Laut einem Artikel der Tageszeitung „Neues Deutschland“ ist die deutsche Bundeswehr Ländern, die deutsche Rüstungsgüter gekauft haben, behilflich bei der Ausbildung an eben diesen Waffen. Das gehe aus der Antwort auf eine Anfrage der Linken hervor.

#####

Aktion Aufschrei können Sie auch so unterstützen:

- Facebook-Präsenz besuchen und „teilen“ oder „mögen“

<https://www.facebook.com/Stopptdenwaffenhandel>

- Folgen Sie uns auf Twitter“

<https://twitter.com/AktionAufschrei>

- Petition unterzeichnen

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Unterschreiben-Sie-jetzt.76.0.html>

- Mitgliedschaft im Aktionsbündnis

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Mitgliedschaft-im-Aktionsbuend.174.0.html>

- Eigene Veranstaltung planen

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Veranstaltung-planen.71.0.html>

- Spenden



<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Spenden.75.0.html>

- Newsletter direkt abonnieren:

<https://info.dfg-vk.de/listinfo/aufschrei-waffenhandel-info>

- Newsletter per E-Mail abonnieren

newsletter-bestellen@stoppt-den-waffenhandel.de

Rückmeldung: Lob, Kritik, Anregungen bitte E-Mail an:

info@aufschrei-waffenhandel.de